

**Global  
gerecht  
statt**

**G20**

**!**

**3** **Was ist die G20?**

**8** **Die Themen der G20**

- 8** **Wachstum der Weltwirtschaft**
- 10** **Finanzmärkte und Steuern**
- 13** **Welthandel**
- 15** **Umwelt und Klima**
- 18** **Krieg**
- 20** **Migration**

**23** **Genug Argumente – auf nach Hamburg!**

# Einleitung

Am 7./8. Juli 2017 versammeln sich die Staatsoberhäupter beziehungsweise RegierungschefInnen der G20 in Hamburg zum jährlichen Gipfeltreffen. Und schon seit Beginn des Jahres ist dieses Treffen in den Medien präsent, ärgerlicherweise allerdings in erster Linie mit der Frage, ob es wohl zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei kommen wird.

Was die G20 eigentlich ist, worüber sie verhandelt und warum so viele Menschen gegen dieses Treffen protestieren möchten, tritt dabei leider in den Hintergrund. Mit dieser Broschüre möchten wir diese Lücke schließen und einen kompakten Überblick geben.

Die G20 ist ein informeller Club neunzehn bedeutender Industrie- und Schwellenländer und der EU. Die G20 fand sich auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs zum ersten Mal 2008 als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zusammen. Ziel war es, den durch die Krise schwer angeschlagenen neoliberalen Kapitalismus wieder zu stabilisieren. Dabei ist es genau dieses Gesellschaftsmodell, das maßgeblich mitverantwortlich ist für die Verschärfung weltweiter Ungleichheit, für Privatisierungen, Deregulierungen, überhitzte Finanzmärkte, für geopolitische Konflikte und Kriege, für Aufrüstung, für Terrorismus, für Armut und Hunger, für den voranschreitenden Klimawandel und in der Folge für Migration und Flucht. Wenn nun also dieser Club antritt, um nach eigenem Selbstverständnis die drängenden Probleme der Welt zu lösen, ist davon nichts Gutes zu erwarten. Das bestätigen auch die Ergebnisse vergangener Gipfel.

Wir sagen: Die G20 ist Teil des Problems, nicht der Lösung! Die Welt ist aus den Fugen und wer sie ändern will, braucht andere Grundeinstellungen für eine neue Politik. In den letzten Jahren haben sich vielfältige Bewegungen und Initiativen für eine solida-

rische Gesellschaft entwickelt. Gegen »Freihandelsabkommen«, in der Friedensbewegung, in der Flüchtlingshilfe, bei »Recht auf Stadt«, für Solidarische Landwirtschaft, in Kooperativen, Kollektiven oder Genossenschaften, für Steuergerechtigkeit und mehr Demokratie. Gemeinsam wollen wir zum G20-Gipfel diesen wachsenden Teil der Gesellschaft sichtbar machen – den solidarisch-emanzipatorischen Teil, der sich für eine sozial gerechte, friedliche und ökologisch zukunftsfähige Welt einsetzt.

Wir hoffen und glauben, dass sich viele Menschen zu diesem solidarischen Teil der Gesellschaft zählen und sich deshalb an den Protesten in Hamburg beteiligen werden. Zahlreiche Argumente dafür haben wir in dieser Broschüre zusammengefasst.

**Wir sehen uns in Hamburg!**

# Was ist die G20?

Die Gruppe der Zwanzig (G20) ist nach eigener Definition das »zentrale Forum zur internationalen Zusammenarbeit in Finanz- und Wirtschaftsfragen«.

Der Gruppe gehören neben der EU folgende 19 Staaten an: Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei und die USA. Abwechselnd übernehmen die Mitgliedsstaaten für ein Jahr die G20-Präsidentschaft; seit Dezember 2016 liegt sie bei Deutschland. Das präsidierende Land stimmt sich mit der vorherigen (2016: China) und der folgenden (2018: Argentinien) regelmäßig ab, sodass eine gewisse Kontinuität gewahrt wird. Mit am Tisch sitzen regelmäßig Spanien, Norwegen, die Niederlande, die Schweiz und Singapur, ohne formell Mitglied zu sein. Auch eine Reihe internationaler Organisationen wie UNO, IWF, Weltbank oder WTO sind kontinuierlich vertreten.

Die G20 ist kein gewähltes, sondern ein informelles Gremium ohne jede demokratische Legitimation. Zwar werden hier keine juristisch bindenden Beschlüsse gefasst, aber nicht ohne Stolz wird von Seiten der G20 darauf hingewiesen, dass die Beschlüsse der G20 »durch Selbstverpflichtung großen Einfluss auf die Politik der Nationalstaaten« hätten. Ein selbstkritischer Blick auf den undemokratischen und intransparenten Charakter der G20 ist also nicht zu erwarten; darauf hinzuweisen bleibt damit der Protestbewegung überlassen.

Die G20-Staaten unterscheiden sich in ihren politischen Systemen. Sie vertreten auch unterschiedliche Strategien bei der Regulierung der Wirtschaft und im Welthandel. Doch gemeinsam stehen sie für eine Politik, die auf Wirtschaftswachstum, Profitmaximierung

## Demokratie?

Die G20 ist kein gewähltes Gremium. Dennoch beeinflusst sie die Politik der Nationalstaaten nachhaltig, und damit das Leben der Bürgerinnen und Bürger. Und es bleibt dabei nicht bei Beschlüssen, die durch Selbstverpflichtung umgesetzt werden oder werden sollen. Dieser Kreis erhebt den Anspruch, den globalen Kapitalismus zu gestalten und zu reorganisieren.

Ein gutes Beispiel dafür ist der Finanzstabilitätsrat. Er ist ein direktes Gremium der G20, das in ihrem Auftrag und Namen internationale Finanzmärkte gestaltet. Ihm gehören die Regierungen der Mitgliedsstaaten sowie der regelmäßigen Gastländer (ohne Norwegen, dafür mit Hongkong) an, aber auch internationale Organisationen (Europäische Zentralbank EZB, Internationaler Währungsfonds/IWF u. a.) und vor allem alle so genannten »internationalen Standardsetzer« wie der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, die Vereinigungen der Versicherungsaufsichts- und Wertpapieraufsichtsbehörden etc.

Damit verfügt die G20 also über ein tatsächlich wirksames Umsetzungsinstrument ihrer Beschlüsse. Sie ist ein Gremium, das durchaus machtbewusst globale Fragen nicht nur diskutiert, sondern auch die Verhältnisse entsprechend gestalten will – ohne demokratische Legitimation.

und Konkurrenz ausgerichtet ist und globale Konzerne, große VermögensbesitzerInnen und Finanzmärkte begünstigt. Die globalen Folgen dieser Politik sind steigende soziale Ungleichheit, Ausgrenzung, Naturzerstörung und Klimawandel, Kriege, Flucht und Verarmung.

Dabei sind die Themen, mit denen sich die G20 im Juli befassen möchte, damit nahezu deckungsgleich: »Geopolitische Konflikte, Terrorismus, Migrations- und Fluchtbewegungen, Armut und Hunger sowie der voranschreitende Klimawandel und Epidemien« sollen laut Bundesregierung besprochen werden. Wer wollte dieser Problembeschreibung widersprechen? Wenn man allerdings auf die Lösungsvorschläge der G20-Regierungen schaut, findet man nur genau die alten Rezepte, die diese Probleme mit verursacht haben: Wirtschaftswachstum, globaler Freihandel, Schaffung privater Investitionsmöglichkeiten und in deren Folge umfassender Sozialabbau.

## **Anspruch und Wirklichkeit: Die Themen des Gipfels und die Verantwortung der G20**

- ▶ **Geopolitische Konflikte:** Syrien, Irak, Afghanistan, Kongo, Ukraine, Jemen. Jeder dieser Kriege hat das Potenzial, sich noch weiter auszuweiten. An jedem sind gleich eine ganze Reihe G20-Länder beteiligt und nirgendwo wirken sie dabei deeskalierend oder befriedend.
- ▶ **Terrorismus:** Terroristische Gruppen haben ihre eigene Logik und entstehen nicht einfach nur in Folge von Handlungen Dritter. Aber die wesentlichste Ursache für ihre in den letzten Jahren ständig wachsende Basis liegt in der Politik der G20, nicht zuletzt in den oben genannten Kriegen.
- ▶ **Migrations- und Fluchtbewegungen:** Inzwischen weit über 60 Millionen Menschen haben nicht nur ihr Zuhause, sondern dabei auch ihr Land verlassen. Das tun sie in großer Zahl nur dann, wenn ein Leben dort unmöglich ist. In jedem der Länder, aus denen 2015 die meisten Menschen geflohen sind, haben G20-Staaten in den letzten Jahren Krieg geführt, regionale Konflikte akzeptiert oder verstärkt.
- ▶ **Armut und Hunger:** Obwohl der Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung gesunken ist, haben immer noch mehr als 800 Millionen Menschen nicht genug zum Essen. Dabei werden nach wie vor Nahrungsmittel für fast 12 Milliarden Menschen jährlich produziert. Hunger ist ein Verteilungsproblem und als solches eng mit dem Kapitalismus verbunden, in dem nur versorgt wird, wer bezahlen kann. Institutionen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, die bei den G20 regelmäßig mit am Tisch sitzen, haben mit ihren Programmen viel dazu beigetragen, dass Unterstützungsmaßnahmen für die Ärmsten beendet wurden.
- ▶ **Voranschreitender Klimawandel:** Die G20 sind für 82 Prozent der weltweiten Kohlendioxidemissionen verantwortlich.
- ▶ **Epidemien:** Verarmung, Abschaffung staatlicher Gesundheitsvorsorge, ausbleibende Finanzierung der Weltgesundheitsorganisation und dafür Förderung privater Organisationen wie der Bill- und Melinda-Gates-Stiftung haben wesentlichen Anteil an der sich verschlechternden Gesundheitssituation in vielen Ländern der Welt.

Es sind also genau die Verursacher und Antreiber all der genannten Probleme, die sich im Juli in Hamburg versammeln werden.

Auch die personelle Besetzung des Gipfels führt gut vor Augen, was von den G20 zu erwarten, und was vor allem nicht zu erwarten ist.

Hier schütteln die führenden Neoliberalen



Verarmungspolitik  
Festung Europa



Menschenrechte?

# Die kon

wie May, Abe, Macron und Merkel Hände sowohl mit Vertretern autoritär geführter Staaten wie Russland, China, der Türkei oder Saudi-Arabien, rechtsradikaler



Autoritarismus



Nationalchauvinismus

# Dann ke

und/oder rassistischer Regimes wie Indien, Brasilien und Mexiko als auch in Korruption und undurchsichtige Geschäftsbeziehungen verstrickte Regierungschefs aus Südkorea, Südafrika



Verfassungsverstöße



Hindu-Nationalismus

# wir auc

oder Argentinien. Wer sich solche Gäste einlädt, hat sich natürlich auch den internationalen Protest eingeladen!



Autoritarismus  
Pressefeindlich



Nationalismus



CETA



Flüchtlingsfeindlich  
Klimaschutzfeindlich



BREXIT  
Neoliberalismus

# kommen?



soziale Spaltung  
Festung Europa



Korruption  
Vorteilsnahme



Heterosexismus

# kommen



Absolute Monarchie



Korruption  
Rassismus



Arbeitnehmerfeindlich  
Festung Europa

# ch!



Korruption  
Vorteilsnahme



Festung Europa



Autoritarismus

# Die Themen der G20

## I Wachstum der Weltwirtschaft

Eins der Kernthemen der G20 ist traditionell das Wachstum der Weltwirtschaft. Laut Eigendefinition wünscht sie sich dieses Wachstum stark, nachhaltig und ausgewogen. In der Praxis dagegen geht Wirtschaftswachstum stets zu Lasten von Mensch und Natur: Die G20-Staaten sind zum Beispiel für mehr als drei Viertel der globalen Treibhausemissionen verantwortlich.

Dennoch bleibt die Wirtschaftspolitik der G20-Staaten konsequent wachstumsorientiert. Im Abschlusskommuniqué des letzten Gipfels taucht der Begriff Wachstum im Sinne von Wirtschaftswachstum allein 62 Mal auf.

Auch die Forcierung des Freihandels wird mit dem Ziel zusätzlichen Wachstums begründet. Logisch, denn die Politik der G20-Staaten basiert auf Profitmaximierung und diese ist ohne ständiges Wirtschaftswachstum nicht möglich. Dafür braucht es internationale Wettbewerbsfähigkeit und die damit verbundene gnadenlose Konkurrenz von Staaten, von Unternehmen und auch der Lohnabhängigen untereinander. Hunger, soziale Ungleichheit, Naturzerstörung und Kriege sind mit dieser Politik nicht zu überwinden, im Gegenteil:

- Die wachstumsorientierte Politik der reichen Industrie- und der aufstrebenden »Schwellen«-länder vergrößert die weltweite Kluft zwischen Arm und Reich.
- Konkurrenz um billige Arbeit führt zu Produktionsverlagerungen, Lohnsenkungen und Arbeitslosigkeit.

- Aus Standortkonkurrenz folgt Steuerabbau für Unternehmen zulasten der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Konkurrenz um Rohstoffe erhöht die Zahl der Kriege und der weltweiten Konflikte.
- Wirtschaftswachstum bedeutet wachsende Naturzerstörung und Erderwärmung.
- Mit der Wettbewerbsorientierung gehen die Aushöhlung demokratischer Strukturen und Prozesse einher.

Wir brauchen eine ganz andere Politik, um die drängenden Probleme der Welt zu lösen! Die ausreichende Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen muss Ziel der Wirtschaftspolitik sein, nicht die Sicherung der Finanzinvestitionen. Überhaupt sollte das Bedürfnis nach Glück, Zufriedenheit, Gemeinwohl, Völkerverständigung, nach mehr verfügbarer Zeit und nach menschlichem Miteinander zum politischen Maßstab werden statt grenzenloses Wachstum und steigende Profite. Von den VertreterInnen der G20 sind solche Schritte nicht zu erwarten, die zu einem »Guten Leben für alle« führen.

**Wir demonstrieren in Hamburg für eine globale Wirtschafts- und Lebensweise, die auf Solidarität, Kooperation und schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen fußt!**

### **Was können wir hier bei uns tun?**

#### *Zum Beispiel: Elbvertiefung verhindern*

Glaube an beständiges Wirtschaftswachstum, Standortkonkurrenz und Kostendruck treiben den Hamburger Senat dazu, die Elbe bis Hamburg auf über 15 m tief ausbaggern zu lassen, damit immer größere Containerschiffe den Hamburger Hafen erreichen.

Kosten ca. 600 Mio. Euro Steuergelder. Absurd allein deshalb, weil für größere Schiffe bereits der Jade-Weser-Port zur Verfügung steht. Für 1,9 Mrd. Euro aus öffentlichen Geldern gebaut, kaum genutzt, eine Investitionsruine. Anstatt ihn durch bessere Anbindung ins Hinterland zu optimieren, fordert Hamburg mit der Elbvertiefung weitere unverantwortliche Eingriffe in die Landschaft.

Die Folge: Gefährdung und Zerstörung von Lebensräumen von Pflanzen und Tieren sowie Erholungsräumen für Menschen, Versalzung von Grundwas-

ser, größere Überschwemmungen. Die Konsequenz: Immer höhere Deiche, immer häufigeres Ausbaggern, ständig steigende Instandhaltungskosten.

Schluss mit den irrsinnigen Überkapazitäten und der Erpressung mit 125.000 »gefährdeten« Hafendarbeitsplätzen. Für den Erhalt von Natur und Landschaft statt weiterer Zurichtung! Hafenkooperationen statt Standortkonkurrenz! Verkürzung von Transportwegen durch Regionalisierung von Produktion.

*Zum Beispiel: Raus aus der Kohle!*

Auf dem internationalen Parkett profiliert sich Deutschland gerne als Klimaretter. Doch die Bundesrepublik ist Weltmeister in der Produktion von Braunkohle. Für die Ausweitung der Tagebaue werden weiterhin Dörfer abgerissen, Menschen entwurzelt, Wälder abgeholzt. Ein Drittel des deutschen CO<sub>2</sub> Ausstoßes stammt aus Kohlekraftwerken.

Die Bundesregierung hat bisher kein klares Datum für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern festgelegt. Die Absage an neue Kraftwerke und Tagebauerweiterungen wurde auf Betreiben von Kohlelobby und Wirtschaftsministerium gestrichen. Dies ist nicht zu akzeptieren, deshalb müssen wir den Klimaschutz selbst in die Hand nehmen!

Mit »Ende Gelände« ist es den letzten Jahren in der Lausitz und im rheinischen Braunkohlerevier kreativer Widerstand gewachsen, zusammen mit vielen anderen Initiativen haben wir es geschafft, dass die Front der Braunkohlebefürworter bröckelt. Gute Chancen für baldigen Ausstieg!

*Zum Beispiel: Schluss mit Risiko- und Destruktivtechnologien!*

Zu den Wirtschaftszweigen, die zwar zum Wachstum beitragen, aber nichts produzieren, was gesellschaftlich nützlich ist, gehören die Militärtechnologie und auch die Gen- und Atomtechnologie, deren grundsätzliche Gefahren und Risiken ihren Nutzen weit überschreiten. Ihre Beendigung zu betreiben ist deshalb weiterhin vordringlich.

## II

### Finanzmärkte und Steuern

Ursprünglich entstand die Gruppe der 20 1997 nach der Asienkrise als Diskussionsforum der Finanzminister und Zentralbankchefs wichtiger Industrie- und Schwellenländer zusammen mit Vertretern der EU und der EZB, des Internationalen Währungsfonds, des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses, der Weltbank und der OECD. Im November 2008 wurde das Treffen der G20 aufgewertet zu einem Treffen der Staats- und Regierungschefs.

Ziel war es, »die Grundlagen für Reformen zu legen, sodass eine globale Krise, wie die aktuelle, nicht wieder passieren kann« (Washington Declaration 11/2008).

Zentral ursächlich für diese Krise war die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger – sowohl global betrachtet, als auch auf die einzelnen Länder bezogen. Das führte zur Blasenbildung auf unkontrollierten Finanzmärkten. Wollten die G20 also tatsächlich eine weitere vergleichbare Krise vermeiden, läge die Lösung in der Überwindung sozialer Ungleichheit, einer Stabilisierung der Finanzmärkte und dem wirksamen Vorgehen gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung.



Zwar gewinnt in den Gipfelverlautbarungen der letzten Jahre die Auseinandersetzung mit schädlichen Steuerpraktiken und gesellschaftlicher Ungleichheit tatsächlich mehr Raum – selbstverständlich wird Steuerflucht dabei nur als Hindernis für Wirtschaftswachstum verstanden –, es fehlt allerdings an wirksamen Maßnahmen. Die bisherigen Reformansätze greifen zu kurz oder werden bei der nationalen Umsetzung wieder beschnitten. Die G20 funktioniert nicht als Reformmotor, im Gegenteil: Offensichtliche Interessengegensätze und mangelnder Einigungswille auf internationaler Ebene dienen häufig als Vorwand, um auch auf nationaler Ebene keine Reformen durchzusetzen.

### **Stabilisierung der Finanzmärkte**

Dabei gäbe es genug zu tun. Notwendig und drängender denn je sind im Bereich der Finanzwirtschaft:

- Ausstattung der Banken mit ausreichendem Eigenkapital,
- Einführung des Trennbankensystems, um den Kunden eine klare Risikoeinschätzung zu ermöglichen,
- Kontrolle der Schattenfinanzbereiche,
- Einführung der Finanztransaktionssteuer um spekulative Auswüchse zu begrenzen,
- Umkehr bei Handels- und Investitionsabkommen, sodass Steuer- und Finanzmarktregulierungen ohne Einschränkungen möglich bleiben.

### **Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung**

Die sogenannten Steueroasen, in Wahrheit Schattenfinanzplätze, sind die entscheidende Drehscheibe für

- Steuervermeidung durch Konzerne,
- Steuerbetrug durch reiche Individuen,
- Geldwäsche von Korruptionsgeldern und Geldern aus kriminellen Aktivitäten.

Dabei sind nicht nur die bekannten Kleinstaaten (Lichtenstein, Cayman Islands oder Jersey) zu beachten, auch die großen Staaten hüten weiterhin ihre Steuerschlupflöcher.

Mit Donald Trump sitzt nun sogar ein Staatschef am Tisch, der sich im Wahlkampf für seine Cleverness brüstete, selbst keine Steuern zu bezahlen. Auch andere Staats- und Regierungschefs

haben wenig Berührungängste mit persönlicher Bereicherung und steuerlicher Intransparenz. Nicht nur deshalb ist die G20 sicher nicht das Gremium, das wirksam Steuerhinterziehung und -vermeidung bekämpfen wird. Transparenz in Hinblick auf internationale wirtschaftliche Beziehungen und Netzwerke wären dafür eine Voraussetzung; doch Politik auch gegen die Interessen multinationaler Konzerne umzusetzen steht bei keinem der G20-Staaten auf der Agenda. Schließlich sitzen in der G20 die politischen Kräfte zusammen, die in den letzten Jahrzehnten Finanzmärkte weitestgehend von Regelungen befreit haben und Steueroasen gewähren ließen.

Wer Krisen künftig verhindern will, muss etwas gegen die soziale Ungleichheit unternehmen. Die Staaten der G20 stehen jedoch für eine Politik, die auf Wirtschaftswachstum, Profitmaximierung und Konkurrenz ausgerichtet ist, und damit soziale Ungleichheit national und weltweit verstärkt. Nach acht Jahren G20-»Reform«politik lässt sich bislang nur feststellen: Die Finanzmärkte sind weiter instabil, Steueroasen gedeihen weiter und die weltweite Ungleichheit ist sogar noch gestiegen.

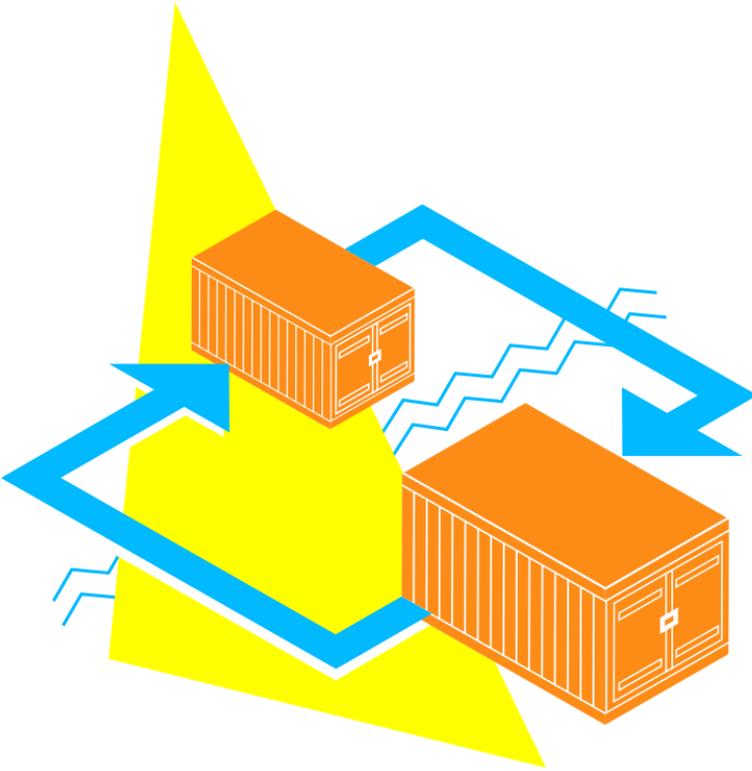
**Wir demonstrieren in Hamburg für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte, für eine Schließung der Steueroasen und eine globale Umverteilung des Reichtums!**

### III

## Welthandel

Die Staaten der G20, inklusive der mit dem EU-Sitz indirekt vertretenen europäischen Länder, vereinigen 90 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und 80 Prozent des Welthandels auf sich. Doch trotz der Etablierung der G20 neben der G8 hat sich die herrschende Weltwirtschaftspolitik kaum geändert. Noch immer predigen die G20 den vermeintlichen Segen eines unregulierten Freihandels. Noch immer bestimmen wenige Minister und Regierungschefs über die Geschehnisse von 192 Ländern auf der Welt. Noch immer werden wesentliche Maßnahmen zur Krisenbehebung und -vermeidung bewusst von der Tagesordnung gestrichen.

Die Bundesregierung stellt das G20-Programm unter ihrer Präsidentschaft unter das Motto »Widerstandsfähige Weltwirtschaft«.



Dieses Motto ist nichts als Schönfärberei. Die Politik der Kürzung öffentlicher Ausgaben und des Sozialabbaus, die die Bundesregierung sowohl in der EU als auch im G20-Forum unerbittlich durchzusetzen versucht, führt im Gegenteil zu einer immer fragileren Weltwirtschaft und dramatischer sozialer Ungleichheit. Auch wenn die G20 ursprünglich angetreten ist, künftige Finanzkrisen zu verhindern: Die deutsche G20-Agenda ist ein Programm für den nächsten Crash.

Die Exportüberschussstrategie der Bundesregierung, die sie gegen den berechtigten Druck der anderen G20-Staaten verteidigt, führt ebenfalls zu mehr Ungleichheit. Befördert wird diese Strategie nicht zuletzt durch die Freihandelsagenda, für die sich die deutsche Regierung auch innerhalb der G20 stark macht. Dabei ist die Freihandelspolitik wesentlich mit verantwortlich für die Entstehung globaler Ungleichgewichte, die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, insbesondere der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern,

und nicht zuletzt für die weitreichenden Handlungsspielräume von Banken und anderen Finanzmarktakteuren.

Ob sich die Freihandelsdoktrin der G20 durch die Position, die Donald Trump gegen Freihandelsverträge bezogen hat, verändern wird, bleibt abzuwarten. Sicher ist: Zu einem gerechteren Welthandel wird der aggressive nationalistische Protektionismus nicht führen, den die USA an die Stelle der Freihandelsverträge setzen könnte. Ob Trumps »fairer« Handel oder so genannter Freihandel im Sinne der deutschen Exportwirtschaft: Bei der G20 geht es immer um ungerechte Handelsregeln zulasten der Schwachen.

Wir wollen stattdessen kooperativen Welthandel mit gerechten Regeln für alle. Davon sind die Handelskrieger à la Trump ebenso weit entfernt wie die neoliberalen Freihändler à la Merkel und Schäuble.

**Wir demonstrieren in Hamburg für gerechten Welthandel statt »Frei«handel à la CETA, TiSA, TTIP & Co!**

## **IV Umwelt und Klima**

Auch das Thema Klimawandel steht weit oben auf dem Programm der G20. Gleichzeitig vertreten die G20-Staaten konsequent die Interessen der Erdöl-, Kohle- und Automobilindustrien. Wirksame Maßnahmen für einen ökologischen Umbau sind deshalb aus diesem Gremium nicht zu erwarten.

Dabei ist der Klimawandel ursächlich für einige der drängendsten globalen Probleme. In den vom Klimawandel am stärksten betroffenen Regionen steigen gewalttätige und kriegerische Auseinandersetzungen stark an. Die veränderten Lebensbedingungen durch den Klimawandel und die daraus entstandenen Folgekonflikte lassen vielen Menschen keine Möglichkeit mehr außer zu fliehen. Auch durch diese Migrationsbewegungen entstehen politische Konstellationen, die häufig von Extremismus und Terrorismus genutzt werden können. Beispiele dafür sind Somalia, Äthiopien und Eritrea, Darfur und der Sudan, Syrien und der Irak.

Deshalb stellte Anthony Zinni, der Ex-Kommandeur der US-Armee im Nahen Osten, schon im April 2007 fest: »Wir werden kurzfristig wirtschaftlich auf die eine oder andere Art dafür bezahlen,

## **Klimawandel, eine Risikoeinschätzung**

Eine Expertengruppe des Britischen Außenministeriums kommt 2015 in Bezug auf die Risiken des Klimawandels zu dem Ergebnis, dass Sicherheitsrisiken infolge des Klimawandels am schwierigsten einzuschätzen sind, weil hier die längsten Wirkungsketten und unvorhersehbarsten Faktoren und Einflüsse vorliegen. Weil sie aber vielleicht die größten Risiken überhaupt sind, ist ihre umfassende Abschätzung essenziell. Zu den bereits durch Klimawandel ausgelösten Problemen zählt die Gruppe

- Trockenheit, Vertreibung und der Konflikt in Syrien
- Hitzewellen, Lebensmittelpreissteigerungen, Hungeraufstände
- Klimainstabilitäten und daraus resultierende Konflikte.

Erwartet werden weiterhin

- Scheiternde Staaten
- Terrorismus
- Migration und Vertreibung
- Humanitäre Krisen, Nationalismus, Scheitern der Global Governance
- Ressourcenkonkurrenz und Bürgerkrieg.

Festzustellen ist, dass sich die Lage seit dieser Einschätzung noch verschärft hat; viele der noch zu erwartenden Folgen sind bereits eingetreten.

um dieses Gas [CO<sub>2</sub>, Anm. d. Red.] zu reduzieren . . . , andernfalls werden wir später militärisch mit dem Verlust von Menschenleben bezahlen.« Erst 2015 wurde beim UN-Klimagipfel von Paris die drastische Reduzierung von Treibhausgasen vereinbart, um die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad zu halten. Bisher spricht nichts dafür, dass dieses Ziel erreicht wird, schlimmer noch: Mittlerweile deuten viele Parameter darauf hin, dass dieses Ziel überhaupt nicht mehr eingehalten werden kann. Die Voraussetzung dafür wäre eine radikale Änderung der Wirtschaftspolitik der G20-Staaten, die für mehr als drei Viertel der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Der Energieverbrauch für Produktion und Transport müsste drastisch reduziert werden, zwei Drittel des Öls, die Hälfte des Erdgases und 80 Prozent der Kohlereserven müssten in der Erde bleiben, die Fleischproduktion drastisch reduziert werden. Doch die G20 setzen weiter auf Wachstum. Die Folgen für die ärmeren und ärmsten Länder, die am heftigsten unter den Auswirkungen des Klimawandels zu leiden haben, sind bereits jetzt verheerend.

Klimawandel ist nicht allein ein Umweltproblem, sondern Ausdruck der gesellschaftlichen Produktionsweise, für die die G20 stehen. Sie basiert auf Wachstum, Gewinnmaximierung und der stetigen Ausbeutung von Menschen und natürlichen Ressourcen. Wenn Klimaschutz mehr als Symptombekämpfung sein will, dann brauchen wir gesellschaftliche Lösungsansätze, mit denen wir soziale Ungerechtigkeit und Naturzerstörung gleichzeitig überwinden können.

**Wir demonstrieren in Hamburg für einen sozial-ökologischen Umbau, weltweit!**



## V Krieg

Profitstreben und strategische Machtinteressen sind weltweit Ursachen für Kriege. Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs starben in 125 Kriegen mindestens 25 Millionen Menschen. Die G20-Staaten waren an dieser Bilanz maßgeblich beteiligt. Gleichzeitig verfügt die G20 über keine erfolversprechenden Ideen der Deeskalation und Friedensstiftung.

Im Kommuniqué des vergangenen G20-Gipfels spielt das Thema »Krieg« keine Rolle – trotz der Verantwortung und Beteiligung von G20-Staaten an Kriegen nicht nur in Afghanistan, Irak, Jemen, Mali, Syrien und der Ukraine. Dagegen wird der Terrorismus als »ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens« hervorgehoben; gemeint ist jedoch ausschließlich nicht-staatlicher Terror. Terror durch Kriege, Geheimdienste, Polizeigewalt, Konzerne oder ökonomische Knebelverträge wird nicht erwähnt, obwohl genau dadurch der Weltfrieden vorwiegend gestört wird. Mehrere G20-Staaten benutzen die Angst vor Terrororganisationen für die Rechtfertigung von Kriegen und von Überwachung der BürgerInnen und zur Einschränkung von Grundrechten. Durch den Aufbau eines bedrohlichen Feindbilds wird dabei das Gewaltverbot der UN-Charta untergraben, das Ausnahmen nur bei Bedrohung des Weltfriedens sowie zur Selbstverteidigung zulässt.

Nicht nur durch aktive Parteinahme in militärischen Konflikten machen sich die G20 an Kriegen mitschuldig; auch die großen

### **Konkrete Kriegsgefahren**

Aktuell sind mehrere G20-Staaten nicht nur in bereits bestehende kriegsrische Auseinandersetzungen verwickelt; es droht auch Krieg in weiteren Konfliktherden. So findet zurzeit eine dauerhafte Verlegung von US- und weiterer NATO-Truppen und Kriegsgerät an die Westgrenze Russlands statt; Russland antwortet darauf mit einer Stärkung seiner militärischen Präsenz in der Region. Dies verschärft die direkte Konfrontation der beiden größten Atommächte. Der Konflikt zwischen den USA und China aufgrund des Streits um Einflussphären und Militärbasen in Südostasien droht sich auch militärisch zuzuspitzen. China, Nordkorea, Südkorea und Japan, die eine spannungsgeladene Geschichte teilen, rüsten weiter auf.



Geschäfte mit Rüstungsexporten spielen eine wichtige Rolle. Während im 2016er Kommuniqué der G20 davon die Rede ist, jede Unterstützung des Terrors unterbinden zu wollen, spricht die Praxis einiger G20-Staaten eine ganz andere Sprache. So zählen u. a. Saudi-Arabien und die Türkei zu den wichtigsten Unterstützern für Terrorgruppen in Syrien und im Nahen Osten, unter anderem als Waffenlieferanten und Finanziere. Ihre Hauptlieferanten wiederum sind die USA und EU-Staaten. Im Interesse der Milliardengewinne großer Konzerne schüren die G20-Staaten so aktiv den Terror.

Von den weltweiten jährlichen Militärausgaben von rund 1,7 Billionen US-Dollar gehen allein 80 Prozent auf das Konto der G20-Staaten. Friedensfördernde Kriseneinsätze werden heute im Regelfall unter Einbeziehung des Militärs durchgeführt, während zivile Konfliktbearbeitung nur einen geringen Stellenwert hat, auch finanziell gesehen. Die Beseitigung von extremer Armut

und Hunger könnte mit weniger als 10 Prozent der weltweiten Militärausgaben erreicht werden. Doch statt eine dringende Umschichtung der Gelder anzugehen, treiben viele G20-Staaten die Militarisierung weiter voran – zuvorderst die EU. Heute sprechen führende EU-Politiker von der »Supermacht Europa«. Sie sei erforderlich, um »unsere Interessen und die europäische Art zu leben zu verteidigen« (EU-Kommissionspräsident Juncker).

Ginge es den G20-Staaten tatsächlich um eine friedlichere Welt, dann müssten sie zunächst vor der eigenen Tür kehren. Kooperative Wirtschaftsverträge, die die Güter der Welt gerecht verteilen, fördern Entspannung und Frieden. Und Kriege, Vertreibung und Ungleichheit zu beenden, statt sie zu schaffen, entzieht dem Terror einen guten Teil seiner Basis.

**Wir demonstrieren in Hamburg für Friedenspolitik und internationale Solidarität!**

## VI Migration

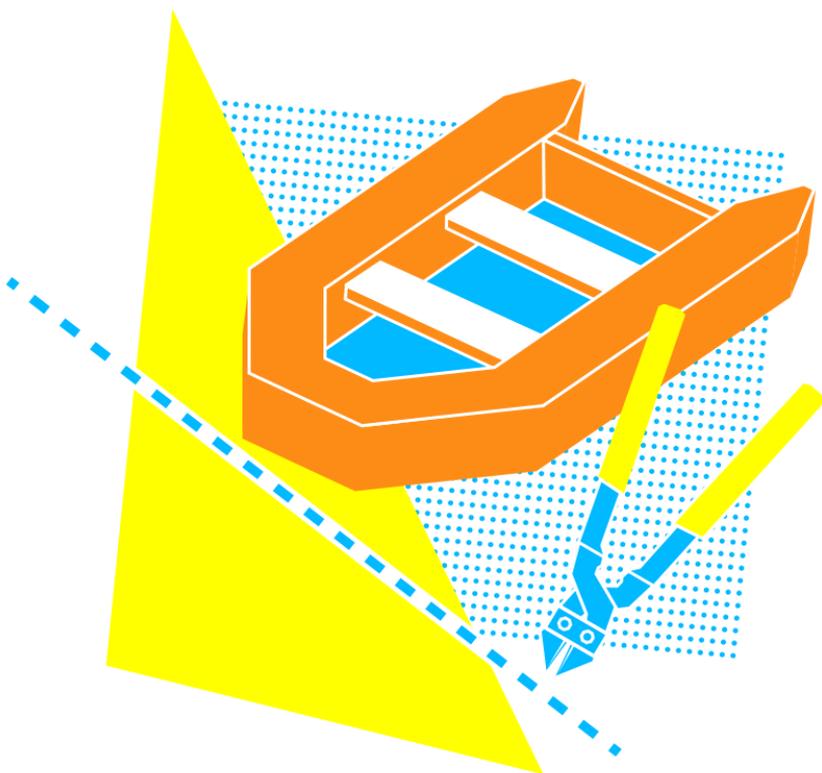
Über 65 Millionen Menschen befinden sich laut Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge UNHCR weltweit auf der Flucht. Die Mehrheit von ihnen sind junge Menschen, die sich auf die Suche nach neuen Perspektiven begeben. Denn viele von ihnen sehen in ihrer Heimat weder Gegenwart noch Zukunft, weder für sich, noch für ihre Familien.

### *Zum Beispiel: Guinea*

Ein weiteres Beispiel für die problematischen Folgen neoliberaler Politik ist Guinea. Dort werden seit der Kolonialzeit die Vorkommen an Gold, Eisenerz und Bauxit fast ausschließlich von Unternehmen der ehemaligen Kolonialstaaten, vor allem der G20, abgebaut. Die Gewinne kommen zwar auch der Regierung zugute, die mit den G20-Staaten kooperiert, nicht jedoch der Bevölkerung. Weil sich die politische Elite selbst bereichert, während die nationale Wirtschaft ruiniert vernachlässigt wird, ist Migration für viele junge Menschen oft die einzige Möglichkeit, dieser Perspektivlosigkeit zu entkommen.

Diese Perspektivlosigkeit ist unter anderem konkretes Ergebnis der Politik der G20, die weltweit immer mehr Arbeits- und Lebensbereiche der neoliberalen Wirtschafts- und Handelsdoktrin unterordnet und ganze Länder nach den Interessen der großen Konzerne zurichtet. Wenn diese im Vordergrund stehen, sind Menschenleben zweitrangig.

Die neoliberale, profitorientierte Politik der G20 bringt steigende soziale Ungleichheit, Ausgrenzung, Naturzerstörung und Klimawandel, Kriege, Flucht und Verarmung mit sich. Doch nicht nur auf der institutionellen Ebene der G20-Regierungen verschärft sich die Situation, auch in europäischen Gesellschaften verbreiten sich autoritäre Tendenzen, die Schutzsuchende ablehnen. Grenzen werden dicht gemacht, Asylrechte ausgehöhlt und eine angemessene Aufnahme Geflüchteter schlicht verweigert.



### *Zum Beispiel: Senegal*

Im Senegal äußert sich neoliberale (Handels-)Politik vor allem in der Zerstörung der lokalen Fischerei und der Landwirtschaft. Durch das 2014 mit der EU abgeschlossene Fischereiabkommen fischen die riesigen Trawler der EU-Flotte das Meer vor der senegalesischen Küste leer und importieren den Fang in die eigenen Industrienationen. Die Lebensgrundlage der einheimischen Bevölkerung ist damit zerstört. Ein zusätzliches Problem ist das sogenannte Landgrabbing. Landwirtschaftliche Flächen werden an ausländische InvestorInnen, meist aus den G20-Staaten, verkauft oder verpachtet, die diese dann zum Anbau und Export von Nahrungsmitteln verwenden. Inzwischen sind mehr als 5 Prozent der in Westafrika für landwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung stehenden Fläche im Besitz ausländischer Agrarunternehmen.

Gegen Chancenlosigkeit und Diskriminierung hilft weder ein Ausbau der »Festung Europa« noch sogenannte Auffanglager in Nordafrika oder an der Ostgrenze Europas. Durch das Festhalten am Status Quo werden keine Leben gerettet und keine global gerechten Perspektiven geschaffen. Im Gegenteil, die Ungleichheit zwischen Nord und Süd wird weiter vorangetrieben und die Welt gerät immer weiter aus den Fugen.

Deshalb ist es notwendig, der neoliberalen Politik der G20-Staaten ein Ende zu setzen. Fluchtursachen müssen deutlich benannt und ihre Ursachen beseitigt werden. Regionale Märkte, die (klein)bäuerliche Landwirtschaft und die lokale Industrie müssen gestärkt werden, um die Lebensgrundlagen der Menschen in ihren Herkunftsländern nicht weiter zu vernichten. Korruption muss gestoppt und globale Gerechtigkeit muss verwirklicht werden, statt einseitig Wirtschaftsinteressen zu fördern. Es ist unumgänglich, jetzt die Wende hin zu einer gerechten Globalisierung einzuleiten und Verantwortung für Menschenleben zu tragen.

**Wir demonstrieren in Hamburg dafür, Fluchtursachen statt Flüchtende zu bekämpfen!**

# Genug Argumente – auf nach Hamburg!

Unter dem Motto »Global gerecht statt G20« möchte Attac in einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis bei allen relevanten G20-Veranstaltungen zeigen, dass die Politik der G20 in immer größerem Maße abgelehnt wird, und eigene Vorschläge für gesellschaftliche, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen öffentlich diskutieren.

Zum G20-Gipfel selbst planen wir deshalb gemeinsam mit Bündnispartnern einen Dreiklang an Aktivitäten. Auf dem »**Gipfel für globale Solidarität**« am **5. und 6. Juli** werden wir unsere Alternativen vorstellen und breit diskutieren. Mit **Aktionen Zivilen Ungehorsams** am **7. Juli** ziehen wir die Konsequenz aus der Einsicht, dass es nicht ausreicht, das Unrecht in der Welt zu beklagen, man muss seine Betreibern auch offen in den Weg treten. Und in einer **Großdemonstration** am **8. Juli** werden Zehntausende zeigen, dass wir viele sind, die für einen andere Welt eintreten. Dazu laden wir alle herzlich ein.

Alle Informationen rund um die Proteste finden sich im Netz unter [www.attac.de/g20](http://www.attac.de/g20) und auf [www.g20-protest.de](http://www.g20-protest.de), der Seite der gemeinsamen Plattform. Auf [www.attac.de/g20](http://www.attac.de/g20) beantworten wir auch die wichtigsten Fragen zu den Protesten, wie ob wir überhaupt in Hör- und Sichtweite des Messegeländes kommen, wer sich an den Protesten beteiligt, aber auch ganz praktische Fragen danach, wie man überhaupt am besten nach Hamburg kommt, wo es Mitfahrgelegenheiten oder Übernachtungsplätze gibt.

**Wir sehen uns in Hamburg!**

## IMPRESSUM

Hrsg. Attac Deutschland  
Attac Bundesbüro  
Münchener Straße 48  
60329 Frankfurt/M

Grafik Design: Dicey Studios, Berlin • Illustrationen auf S. 6/7 basierend auf  
Fotografien von Casa Rosada, Licurgo.miranda, Antilong, École polytechnique / J.  
Barande, Marc Müller, Narendra Modi, Conte di Cavour, kremlin.ru, Erin A. Kirk-  
Cuomo, korea.net (Jeon Han), Controller of Her Majesty's Stationery Office, Doug  
Coulter, European People's Party, WEF/swiss-image.ch / Michael Wuertenberg





**G20-Protteste**  
**5. - 8. Juli 2017**  
**Hamburg**